Demgegenüber wurden im Memorandum der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik sowie von Außenminister Genossen Molotow deutsche, demokratische Wahlen vorgeschlagen, frei vom Drude ausländischer Besatzungstruppen und westdeutscher Militaristen. Angesichts des Bestehens von zwei Staaten in Deutschland können gesamtdeutsche freie Wahlen nur auf dem Wege gesamtdeutscher Beratungen und der Bildung einer Provisorischen Gesamtdeutschen Regierung vorbereitet werden. Die Provisorische Gesamtdeutsche Regierung hätte die Aufgabe, beide Teile Deutschlands näherzubringen und die Bedingungen für wirklich freie, demokratische Wahlen zu schaffen. Diese Vorschläge zeigen, daß nur die demokratischen Kräfte mit der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands an der Spitze wirklich freie Wahlen wollen.

Wie sich die Führer der Bonner Regierungsparteien die „Demokratie" in Deutschland vorstellen, das haben sie offen zum Ausdrude gebracht. Diese Herren sind der Meinung, daß nach der Wiedervereinigung Deutschlands die Montanunion, der vom amerikanischen Finanzkapital organisierte Bund deutscher, französischer und anderer Konzernherren und Bankherren, unter Ausschaltung der vom deutschen Volk gewählten demokratischen Organe über die Grundstoffindustrie in ganz Deutschland bestimmt. Die Herren stellen sich ein einiges Deutschland so vor, daß im Parlament geredet wird, während die Militaristen und andere Reaktionäre, die sich im Bonner Staatsapparat festgesetzt haben, die wirkliche Politik machen. Und wie es mit der Meinungsfreiheit im Parlament bestellt ist, darüber hat Herr Dr. Dehler aufschlußreiche Vorschriften an die Vertreter der Sozialdemokratie im gegenwärtigen Bonner Bundestag gegeben, als er sagte:

„Eine Opposition kann ihre Meinung geltend machen, aber wenn die Regierung und wenn die Mehrheit des Parlaments entschieden haben, dann hat die Opposition die verdammte Pflicht und Schuldigkeit, sich diszipliniert einzuordnen."

Das heißt, die sogenannte sozialdemokratische Opposition hat den reaktionären Führern der Bonner Koalitionsparteien zu gehorchen.

Es ist offenkundig, daß die Auffassungen des Herrn Dr. Dehler und der Bonner Regierungsparteien über Demokratie aus Texas und Nebraska nach Deutschland eingeführt wurden. Das arbeitende Volk in Deutschland will jedoch eine wirkliche Demokratie. Das arbeitende Volk erhebt diesen Anspruch, weil es unter großen Opfern die Not